

Garrelt Duin
Ostfriesisch. Klar.

Moin,

ich wünsche viel Spaß beim
Lesen des Newsletters.

Herzliche Grüße
Garrelt Duin, MdB



Berlin, 17. Dezember 2010

www.garreltduin.de

Ausgabe 12 / 2010 II

SPD und DGB: Gleicher Lohn für gleiche Arbeit

DGB-Chef Michael Sommer zu Gast bei der SPD-Bundestagsfraktion / Von der Leyen verletzt Tarifautonomie

Die letzten Sitzungswochen des Bundestags waren prall gefüllt mit wichtigen Debatten und Abstimmungen. Mit den Stimmungen der Regierungskoalition aus CDU, CSU und FDP verabschiedete der Bundestag den Haushalt für 2011, der eine soziale Schiefelage aufweist. Darüber haben wir im vorigen Newsletter ausführlich berichtet.

Gast der SPD-Bundestagsfraktion war DGB-Chef Michael Sommer. Vorrangiges Thema war die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Beide Seiten sind sich einig, dass der Rückgang der Arbeitslosigkeit eine gute Sache ist. Garrelt Duin: „Wir sind uns aber auch einig, dass die zunehmend schlechten Arbeitsverhältnisse nicht zu dulden sind.“

Abhilfe schaffen kann ein allgemeiner Mindestlohn, den die Regierung ablehnt. Schlimm ist Lohndumping in der Leiharbeit. Dieser Missstand wird erst dann beseitigt, wenn durchgesetzt wird, dass Leiharbeiter und Stammbeschafteten den gleichen Lohn für gleiche Arbeit erhalten.

Die Bundestagsfraktion befasste sich auch mit der Rente mit 67. Wegen des demografischen Wandels hält die SPD grundsätz-

lich daran fest. Auf längere Sicht führt aus sozial- und wirtschaftspolitischen Gründen kein Weg an einem höheren Renteneinstiegssalter vorbei.

Die SPD verschließt dabei jedoch nicht die Augen vor der aktuellen Wirklichkeit, die so aussieht: Zu wenige der 60- bis 64-Jährigen stehen in Lohn und Brot. Deshalb soll nach den Vorstellungen der SPD der Einstieg in die Rente erst dann erfolgen, wenn bedeutend mehr Menschen über 60 tatsächlich Arbeit haben.

Die SPD verlangt außerdem eine bessere Arbeitsmarktpolitik, ein recht auf Weiterbildung und eine humanere Arbeitswelt.

Sorgen bereitet der SPD, dass die Regierung keinen Plan für eine Stärkung der Gemeindefinanzen hat. Lange stand sogar die Gewerbesteuer auf der Kippe. Massive Proteste der Kommunen und der SPD haben die Regierung bewogen, an dieser für die Kommunen so wichtigen Steuer festzuhalten.

Wie die Regierung mit einem Mindestlohn für die Weiterbildungsbranche umgeht, ist ein Trauerspiel. Sie lehnt ihn ab, obwohl Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Branche sich tariflich

geeinigt haben, obwohl sich nirgends Widerstand gegen diesen Tarifvertrag regt, obwohl es keinen konkurrierenden Tarifvertrag gibt. Sogar die Bundesanstalt für Arbeit hat schon damit gerechnet, dass die Regierung den Tarif für allgemeinverbind-

lich erklärt, und ihre Ausschreibungsbedingungen entsprechend geändert. Aber die Regierung zeigt den Daumen nach unten. Garrelt Duin: „Damit verletzt Ministerin von der Leyen die Tarifautonomie, die sie sonst so gern beschwört.“

Frieden auf Erden



Mein Team und ich wünschen Ihnen und Euch ein frohes Weihnachtsfest, einige besinnliche Tage und einen guten Start in ein erfolgreiches Jahr 2011.

Garrelt Duin

In zehn Jahren mindestens eine Million Elektroautos

Elektromobilität - ein großes gesellschaftliches Thema / Wirtschaft in Konkurrenz mit Asien / Staat muss Forschung fördern



Bei allem Ernst in der Politik darf ein entspanntes Lachen nicht fehlen. Garrelt Duin (Mitte) im Gespräch mit Cornelius Brand, Berliner Unternehmer (links), und Hubertus Heil, stellv. SPD-Fraktions-Chef.

Politik lebt von gegenseitiger Information. Diesem Zweck dienen Zusammenkünfte, zu denen die SPD-Wirtschaftspolitiker Garrelt, Duin, Hubertus Heil und Rolf Hempelmann alle sechs Wochen Vertreter der Wirtschaft zu einem einstündigen Gespräch morgens von acht bis neun einladen. Es

kommen regelmäßig um 30 Gäste. Im Mittelpunkt steht jeweils ein Schwerpunktthema. Jüngst war es die Elektromobilität. Ex-Verkehrsminister Wolfgang Tiefensee ist Fachmann auf diesem Gebiet und hielt dazu ein Kurzreferat, dem eine Diskussion folgte..

„Elektromobilität wird ein großes Thema für die Gesellschaft“, sagte Tiefensee. Es geht dabei um Arbeitsplätze, völlig neue Formen der Mobilität und um den Klimawandel - ist also Wirtschafts-, Gesellschafts- und Umweltpolitik.

Die deutsche Wirtschaft steht in Konkurrenz mit Asien. Es geht nicht zuletzt darum, die Produktion von Batterien in Deutschland zu ermöglichen.

Ein Knackpunkt ist die produktionsnahe Forschung, die in nahezu allen Industrieländern staatlich unterstützt wird, außer in Deutschland. Wie Garrelt Duin favorisiert auch Tiefensee eine steuerbegünstigte Forschung.

Tiefensee ruft dazu auf, schnell mit dem Aufbau einer Infrastruktur für Elektroautos zu beginnen, zum Beispiel mit „Elektrotankstellen“. Dringend nötig seien Speicher für erneuerbare Energien und europäische Standards für Produkte und Verfahren der Elektromobilität. nach seinen Vorstellungen sollten in zehn Jahren mindestens eine Million Elektroautos auf den Straßen fahren. Duin: „Um dieses Ziel zu erreichen, müssen wir einen Zahn zulegen.“

„Das versteht keiner“

EU bremst Befreiung von Luftverkehrs-Steuer aus

Wenn das Bundesfinanzministerium im letzten Moment nicht noch mit einem Erlass das Unheil unterbindet, müssen Fluggäste zu den ostfriesischen Inseln doch eine Luftverkehrssteuer zahlen - obwohl der Bundestag neulich eine Befreiung von der Steuer für Inselflüge beschlossen hat.

Hintergrund ist eine Rechtslage, die vorsieht, dass die EU-Kommission in Brüssel die Befreiung genehmigen muss. Das kann Monate dauern, und selbst ein Nein aus Brüssel ist nicht auszuschließen. Garrelt Duin fürchtet eine weitere Europa-

Verdrossenheit der Menschen angesichts solcher Vorschriften: „Das versteht kein Mensch.“

Er fordert das Finanzministerium auf, energisch in Brüssel zu intervenieren und gleichzeitig mit einem Erlass dafür zu sorgen, dass der Vorbehalt der EU keine nachteiligen Folgen für Ostfriesland hat und die Steuerbefreiung ohne Verzug gilt.

Sonst müssten die Fluggesellschaften die Steuer kassieren und später zurückzahlen, wenn die EU die Befreiung (hoffentlich) genehmigt hat.

Hilfe für Feuerwehren

„Feuerwehr-Führerschein“ bis 7,5 Tonnen bald möglich

Die Bundesregierung legt endlich einen Entwurf für die Änderung des Straßenverkehrsgesetzes vor. Damit ebnet sie den Weg für einen so genannten Feuerwehr-Führerschein für Fahrzeuge bis 7,5 Tonnen Gesamtgewicht. Das erleichtert in absehbarer Zeit die Arbeit ehrenamtlicher Fahrer bei Freiwilligen Feuerwehren, Rettungsdiensten und technischen Hilfsdiensten.

Bisher wurden nur Feuerwehr-Führerscheine bis 4,75 Tonnen ausgegeben. Diese Gewichtseinschränkung war im Laufe der Jahre mit größer gewordenen Fahrzeugen

zu knapp geworden. Die Hilfsdienste drängen seit langem auf eine Ausweitung.

Um den Beschluss der Bundesregierung umzusetzen, muss die Landesregierung mit einer Rechtsverordnung die Ausbildung und Prüfung für den Feuerwehr-Führerschein bis 7,5 Tonnen regeln. Garrelt Duin: „Hannover sollte diese Vorgabe zügig umsetzen, damit sie fertig ist, wenn die Gesetzesänderung in Berlin im Gesetzbuch steht.“ In Ostfriesland warten Feuerwehren, THW oder DLRG gespannt auf die Neuerung.

Demografischer Wandel: Mehr Ältere, weniger Kinder

Erfolgreich: Erstes „Zukunftsgespräch“ mit Franz Müntefering als Ehrengast / Nächstes Thema ist die Mitbestimmung



Eine engagierte, kenntnisreiche und verständliche Rede über die alternde Gesellschaft hielt Franz Müntefering.



Alt und Jung im Gespräch in Wiesmoor: Jusos und Franz Müntefering verstehen sich. Im Hintergrund Garrelt Duin.

Die Menschen in Deutschland werden immer älter und setzen bedeutend weniger Kinder in die Welt als noch vor einigen Jahrzehnten. Dieser demografische Wandel stellt Staat, Wirtschaft und Bevölkerung vor bislang unbekannte Aufgabe.

didat bei der nächsten Kommunalwahl im September, das Publikum mit Zahlen ein. Franz Müntefering skizzierte die Lage und schilderte, was auf Städte und Gemeinden, Wirtschaft und Gesellschaft zukommt.

Der frühere Parteichef und Arbeitsminister leitet in der SPD-Bundestagsfraktion die Arbeitsgemeinschaft Demografischer Wandel. Er plädiert dafür, sich dem Wandel frühzeitig zu stellen. Entscheidend wird dabei auch

sein, dass keine Kinder die Schule ohne Abschluss verlassen. Wie man selbst schwierige Kinder auf den rechten Weg bringt, erzählte Herbert Broich vom Arbeitskreis Schule Rhauderfehn aus seiner täglichen Praxis.

Wie meistern wir den demografischen Wandel? Auf diese Frage suchte das „Zukunftsgespräch“ nach Antworten. Garrelt Duin hatte dazu nach Wiesmoor eingeladen. Diesem ersten Treffen werden weitere folgen. Das nächste am 3. Februar in Emden zum Thema Mitbestimmung. Prominenter Gast wird Dietmar Hexel vom DGB-Bundesvorstand sein.



In Wiesmoor stimmte 1. Kreisrat Harm-Uwe Weber, Landratskan-

Über den demografischen Wandel diskutieren von links Herbert Broich, Arbeitskreis Schule Rhauderfehn, Demografie-Beauftragte Dr. Gabriele Krautheim aus Aurich und Franz Müntefering.



Auf reges Interesse stieß das erste „Zukunftsgespräch“ in Wiesmoor. Thema war der demografische Wandel.

Auf der Kippe

Regierung schwächt Wasser- und Schifffahrtsverwaltung



Die Wasser- und Schifffahrtsverwaltung, in Ostfriesland traditionelle stark vertreten durch die WSD Nordwest in Aurich und das Wasser- und Schifffahrtsamt Emden, steht auf der Kippe, wenn sich Union und vor allem FDP in Berlin mit ihren Privatisierungsplänen durchsetzen. Sie wollen solide arbeitenden Ausführungsbehörden zu Ausführungsbehörden degradieren. Dabei sollen

alle Arbeiten ausgelagert werden, die privatwirtschaftlich erledigt werden können.

Dagegen wehrt sich die SPD und hat dies am vergangenen Donnerstag im Bundestag zur Sprache gebracht. Gewinnorientierte Unternehmen sind auf Dauer teurer, außerdem muss die Verwaltung eine Notbelegschaft für Havarien vorhalten.

Garrelt Duin: „Mehr als 70 Prozent der Mitarbeiter leisten bei Wind und Wetter gute Arbeit an Deichen und Schleusen oder kämpfen gegen Eis. Das muss so bleiben.“ Der SPD-Abgeordnete Gustav Herzog sagte im Plenum, dass die WSV-Mitarbeiter ihre Arbeit entlang eines hochkomplexen Regel- und Vergabewerks aus Überzeugung leisten.

Gewerbesteuer stärken

SPD-Antrag: Haupteinnahme-Quelle der Kommunen erhalten

Die Bundesregierung fährt bei der Gewerbesteuer einen Zick-Zack-Kurs. Der Finanzminister sagte erst zu, die Gewerbesteuer nicht anzutasten. Der Koalitionsausschuss aus Union und FDP nahm diese Zusage zurück. Mittlerweile will die Regierung die Gewerbesteuer doch erhalten.

Die SPD unterstützt die Kommunalen Spitzenverbände mit ihrer Forderung, die Gewerbesteuer als Haupteinnahmequelle der Städte und Gemeinden zu erhalten. Es gibt dazu keine ernsthafte Alternative.

In ihrem Antrag „Klare Perspektiven für Kommunen - Gewerbesteuer stärken“ fordert die SPD-Fraktion im Bundestag die Regierung zu folgenden Punkten auf:

die Zusage einhalten, dass die Gewerbesteuer bleibt;

die Gewerbesteuer nicht auszuhebeln durch eine Schmälerung der Bemessungsgrundlage;

bald ausrechnen, wie es sich finanziell auswirkt, wenn auch Selbstständige und Freiberufler gewerbesteuerpflichtig werden;

verzichten auf ein kommunales Hebesatzrecht bei der Einkommenssteuer und gleichzeitig die Kommunen bei den Ausgaben für die soziale Sicherung zu entlasten und dies nicht von Änderungen bei der Gewerbesteuer und/oder der Einkommenssteuer abhängig zu machen.

Bereits im März 2010 hatte die SPD vergeblich einen Rettungsschirm für Kommunen gefordert.

Duin-Papier stößt Diskussion an



Sehr wohl im Kreise der „Seeheimer“ fühlt sich offensichtlich SPD-Parteivorsitzender Sigmar Gabriel. Links Abgeordneter Johannes Kahrs, Hamburg, rechts Garrelt Duin, beide Sprecher der „Seeheimer“.

Der Seeheimer Kreis in der SPD rief zu einer Zusammenkunft - und viele kamen. Parteichef Sigmar Gabriel kündigte an, dass Partei und Fraktion Anfang Januar in Klausuren ihre Positionen festlegen werden, mit denen die SPD im kommenden Jahr weiter Tritt fassen werde. Frank-Walter Steinmeier unterstrich die Bedeutung des Jahres 2011 mit

sieben Landtags- und zwei Kommunalwahlen. Die SPD werde den Wählern überzeugende Angebote machen. Die Niedersachsen wählen am 11. September neue Gemeinde- und Stadträte und Kreistage.

Im Kreise der Seeheimer waren auch Fraktions-Geschäftsführer Thomas Oppermann und Ex-Justizministerin Brigitte Zypries.

Dem Seeheimer Kreis gehören ein Drittel der SPD-Abgeordneten an. Sprecher der Seeheimer, die für einen pragmatischen Kurs stehen, sind Garrelt Duin, Johannes Kahrs und Petra Ernstberger. - Mit einem viel beachteten Positionspapier hat Garrelt Duin eine Diskussion über den Kurs der SPD angestoßen. Darüber wird die SPD im Januar beraten

Spruch der Woche

„Westerwelle kann das Wort Steuern nicht mehr in den Mund nehmen, ohne Hohngelächter auszulösen.“

Die Journalistin Tissy Bruns im „Tagesspiegel“ über den FDP-Vorsitzenden Guido Westerwelle

Impressum

Büro Garrelt Duin, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 - 227 - 70145
Fax: 030 - 227 - 76445
garrelt.duin@bundestag.de
www.garreltduin.de